

öffentlicher Teil
Vorlagen-Nr.: 262/2016

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Termin	TOP	Ergebnisse
Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss	22.09.2016		Ohne Abstimmung
Haupt- und Finanzausschuss	29.09.2016		Ohne Abstimmung
Stadtrat	06.10.2016		Einstimmig, Enthaltungen: 5

Bauvoranfrage zur Errichtung einer Siloanlage auf dem Grundstück Gemarkung Jülich, Flur 6, Flurstück 692

Anlg.: 2

63	63	III	61				SD.Net
Sa	Es	Sc	AS				Lem

Beschlussentwurf:

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmt dem Vorhaben zu und erlässt eine Ausnahme gemäß § 14 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Begründung:

Die Bauherrin beabsichtigt die Errichtung einer Siloanlage mit vier Silos, zwei LKW-Befüllanlagen und einer LKW-Waage. Das hier betroffene Grundstück liegt im Bereich des Bebauungsplans Jülich A24 „Heckfeld III“, für den vom Rat der Stadt Jülich am 25.09.2014 eine Veränderungssperre beschlossen wurde.

Aufgrund dieser Veränderungssperre dürfen u. a. keine Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB durchgeführt werden. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann gemäß § 14 Abs. 2 BauGB von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Silos erreichen eine Gesamthöhe von 20,02 m und einen Durchmesser von 3,5 m. In den Silos werden Kunststoffe (PE/PP/PET) gelagert und in LKW abgefüllt. Die Betriebszeiten sollen werktags von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr betragen.

Der Bebauungsplan A24 „Heckfeld III“ enthält keine Höhenbegrenzung. Somit sind die Silos in dem Gewerbegebiet zulässig.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (für Ausgaben/Investitionen mit einer Wertgrenze ab 25.000 € brutto):

1. Finanzielle Auswirkungen:		☐ ja	☐ nein	Erläuterungen zu Ziffer _____
Gesamtkosten:	jährl. Folgekosten:		jährl. Einnahmen:	
Haushaltsmittel stehen bereit:		☐ ja	☐ nein (siehe Beschlussentwurf)	
bei Produktsachkonto:				
(unter Berücksichtigung der Vorbelastungen) noch verfügbar:				
2. Der Personalrat ist zu beteiligen:		☐ ja	☐ nein	
☐ Mitbestimmung	☐ Mitwirkung	☐ Anhörung		
Der Personalrat hat zugestimmt:		☐ ja	☐ nein	
Der Personalrat hat Bedenken erhoben:		☐ ja	☐ nein	
3. Die Gleichstellungsbeauftragte ist zu beteiligen:		☐ ja	☐ nein	
Sie hat dem Beschlussentwurf gemäß § 5 Abs. 5 GO NW widersprochen:		☐ ja	☐ nein	